

## Für das Ende der nuklearen Bedrohung

### **Bundesarbeitskreis Atomenergie und Strahlenschutz des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) – Stand: 25.04.2022**

Durch die anhaltenden Dauerkrisen werden unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fehler deutlicher denn je: Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit, Artensterben, soziale Ungleichheit, Klima- und Atomkatastrophen - und Krieg. Das sind die globalen Herausforderungen für den BUND als Umwelt- und Naturschutzverband, die im demokratischen Miteinander und dem Ziel sozialer Gerechtigkeit bewältigt werden müssen. Ein Atomkonflikt – sei es durch Atomwaffen oder durch zerstörte Atomanlagen - ist in der Lage, große Teile des Lebens auf dem Planeten auszulöschen. Die Bewahrung des Friedens ist in diesem Sinne integraler Bestandteil im Selbstverständnis des BUND. Als Umweltverband versteht sich der BUND immer auch als Teil einer gewaltfreien Anti-Kriegs-Bewegung.

Schon die sogenannte zivile Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung ist immer auch eine militärische Gefahr. Der Betrieb von Atomkraftwerken ist nur mit einer Infrastruktur und Knowhow möglich, die auch zum Bau von Atomwaffen befähigen. Vermeintlich zivile Atomenergie ist daher auch eine Art "Finger am nuklearen Abzug". Wer über AKWs und damit über Kernbrennstoffe verfügt, hat die Möglichkeit, daraus Atomwaffen herzustellen. In offiziellen und inoffiziellen Atomwaffenstaaten USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich sowie Pakistan, Indien, Nordkorea und Israel sehen wir besonders gut, dass die Verbindung zwischen Atomstromerzeugung und militärischen Anwendungen nicht voneinander zu trennen ist. Das gilt nicht nur bei Atomwaffen und Atomkraftwerken und den dafür erforderlichen technisch-wissenschaftlichen Infrastrukturen. Das gilt auch beispielsweise für atomare Antriebe bei Kriegsschiffen. Frankreichs Präsident Macron brachte das im Jahr 2020 in einer Rede auf den Punkt: „Ohne zivile Atomenergie gibt es keine militärische Nutzung der Technologie – und ohne die militärische Nutzung gibt es auch keine zivile Atomenergie.“

Atomanlagen sind in einer Welt wachsender Konflikte - das macht der Krieg Russlands in der Ukraine in erschreckender Weise erneut deutlich - Angriffsziele. Auch ohne den Einsatz von Atomwaffen können gezielt oder versehentlich bombardierte Atomanlagen zu Nuklearkatastrophen mit verheerenden Auswirkungen für Mensch und Umwelt führen. Neue Ultraschallraketen machen klar: Eine Verteidigung gegen derartige Angriffe ist kaum möglich. Immer mehr wird durch die technischen Entwicklungen der Bereich der sogenannten DUAL-USE-Anwendungen, also zum Beispiel Techniken die für zivile und auch militärische Zwecke genutzt werden können, zu einem Problem, das weltweit immer schwerer zu überwachen ist. Mit der angestrebten Miniaturisierung neuer Atomtechniken bei Waffen, Antrieben und Reaktoren kann es zu einer weiteren - terroristischen oder staatlichen - Bedrohung für die Menschheit kommen.

Terroranschläge, Sabotage, Cyberattacken durch kleine nichtstaatliche Gruppen, könnten zum atomaren Albtraum werden. Der erforderliche Geheimschutz bei der Abwehr dieser Gefahren

führt den demokratischen Rechtsstaat an seine Legitimationsgrenzen. Die 17. Atomgesetznovelle vom Sommer 2021, die Prüfmöglichkeiten für Kläger\*innen und Gerichte einschränkt und die Geheimhaltung der Behörden stärkt, unterstreicht das.

Demgegenüber sind die erneuerbaren Energien grundsätzlich demokratische und gewaltfreie Energiequellen, auch wenn wir nicht übersehen dürfen, dass auch hier Ressourcen-, Umwelt- und soziale Konflikte bestehen, die auf dem Weg in eine gerechtere Welt gelöst werden müssen.

**Einen wirksamen Schutz gegen militärische Angriffe auf Atomanlagen gibt es nicht. Das räumt die Atomlobby der IAEO ebenso wie Bundesbehörden ein. Deshalb muss Atomenergie Geschichte werden!**

Neue Reaktor-Technologien, insbesondere kleine Einheiten - sogenannte SMR (Small Modular Reactors) - sind derzeit weltweit in der Erforschung. Diese Entwicklung wird stark aus militärischen Erwägungen getrieben, um künftig die Strom- und Wärmeversorgung von Militärbasen und auch bei der Ressourcenförderung zu betreiben. Außerdem werden nukleare Antriebe für U-Boote und Schiffe gefordert. Für militärische Aufgaben spielen marktwirtschaftliche Rationalitäten üblicherweise keine Rolle. Getrieben von militärischen Interessen könnten künftig tausende solcher Mini-Reaktoren weltweit die nuklearen Gefahren und den militärischen Missbrauch der dabei eingesetzten Kernbrennstoffe extrem verschärfen.

In diesem Jahr 2022 finden die Atomwaffenverbotskonferenz und die Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag statt. Sie werden besonders unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine stehen.

Der BUND setzt sich zum Schutz von Natur und Umwelt dafür ein, das fossil-nukleare Energiezeitalter so schnell wie möglich zu beenden und damit auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und des Friedens zu leisten.

Der BUND setzt sich weltweit für nukleare Abrüstung, also für ein Ende der Atomstromerzeugung und Beseitigung aller Atomwaffen ein. Jede Form zivil-militärischer Forschung und Entwicklung von Atomenergie mit der Ausnahme für medizinische Zwecke unter Kontrolle der UN soll beendet werden.

*Als Bundesarbeitskreis Atomenergie und Strahlenschutz des BUND fordern wir:*

- *Abschaltung aller Atomkraftwerke, sofort. Atomausstieg in Europa, keine neuen Atomkraftwerke in der EU – Keine Laufzeitverlängerungen*
- *Stilllegung der Uranfabriken in Gronau und Lingen - Stilllegung des mit hochangereichertem, atomwaffenfähigem Uran betriebenen Forschungsreaktors Garching.*
- *Abzug der Atomwaffen aus Büchel – und deshalb keine neuen Kampfbomber im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ für die Bundeswehr.*
- *Beendigung des Atomfördercharakters bei der IAEO und Euratom.*
- *Teilnahme Deutschlands als Beobachter an der Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag und Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag.*

Impressum:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) – Friends of the Earth Germany,  
Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin, Tel. (030) 2 75 86-40, bund@bund.net, www.bund.net  
V.i.S.d.P.: Petra Kirberger, Kontakt: angela.wolff@bund.net, Stand: April/2022